

18.01.2013

Argumentationspapier zur Armuts- und Solidaritätsdebatte anlässlich der Veröffentlichung des EU-Sozialberichts

Mit der Veröffentlichung des Sozialberichts der EU-Kommission Anfang Januar wurde eine erneute Armuts- und Solidaritätsdebatte in der EU ausgelöst. Der Kommissar für Beschäftigung und Soziales, László Andor, wählte deutliche Worte als er 2012 als "weiteres miserables Jahr für Europa" betitelte. Die jüngsten Zahlen zu Arbeitslosigkeit, Armutsrisiko und dem Auseinanderfallen zwischen Arm und Reich erwecken vorschnell den Eindruck, die europäische Politik zur Bewältigung der Schuldenkrise in der Eurozone sei auf dem falschen Weg. Vertreter des linken politischen Lagers forderten daher eine Kursänderung bei Haushaltskonsolidierung und Sparpolitik hin zu mehr Solidarität, was letztendlich auch auf einen Transfer von Nord nach Süd, etwa durch einen Sonderhaushalt, hinauslaufen würde. Zu den genannten Ideen gehört auch eine europäische Arbeitslosenversicherung. Der Druck auf die wirtschaftlich starken Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, steigt dadurch erheblich.

Allerdings: Quersubventionen zwischen den Mitgliedstaaten sind kein Allerheilmittel zur Lösung der sozialen Krise. Es muss vielmehr die Wurzel des Übels bekämpft werden und nicht nur die Symptome. Konkret bedeutet dies, dass die Reformpolitik in den Krisenstaaten fortgesetzt werden muss. Dass dies funktioniert, beweisen die in Deutschland Mitte der Nullerjahre durchgeführten Hartz-Reformen, als Deutschland unter hoher Arbeitslosigkeit und Neuverschuldung litt. Die von SPD, Grünen und Union verabschiedeten Beschlüsse zur Zusammenlegung von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe sowie zur Schaffung von Minijobs und Ich-AGs usw. riefen starke Kritik und Proteste hervor. Dennoch lautete der Tenor - auch im Ausland: Die Reformen müssen fortgesetzt werden, wenn Deutschland wieder auf die Beine kommen soll. Dass der eingeschlagene Weg sich als richtig erwiesen hat, zeigt sich daran, dass Arbeitsmarkt und Sozialsystem in Deutschland viel flexibler als in anderen Staaten, z.B. Frankreich, auf die Wirtschaftskrise reagieren konnten, dass das Wirtschaftswachstum weniger erheblich beeinträchtigt wurde bzw. der Aufschwung schneller wieder eingesetzt hat.

Diesen Weg halten auch hochrangige Vertreter aus Politik und Finanzwelt für zielführend. EU-Währungskommissar Olli Rehn kam Mitte Januar zu dem Schluss, dass der

Reformprozess in Südeuropa zwar eine schwere Aufgabe für die Regierungen bleibe, wachstumsfördernde Strukturänderungen und Haushaltssanierungen aber alternativlos seien. Auch fügte er hinzu, dass die hohe Arbeitslosigkeit in Spanien und Griechenland nicht mit neuen schuldenfinanzierten Konjunkturprogrammen bekämpft werden könne. Unterstützung in dieser Haltung erfuhr Rehn von EZB-Präsident Mario Draghi, der ausdrücklich vor einer deutlichen Lockerung der Sparauflagen und dem Erlahmen des Reformwillens warnte. Die hohe Arbeitslosigkeit in den Krisenländern habe zudem nur zu einem geringen Anteil zyklische Ursachen und sei maßgeblich strukturell bedingt.

Die bisher vollzogenen Strukturreformen und Einsparungen geben den beiden Recht. Draghi und andere Ökonomen sehen erste Anzeichen des Erfolgs, die zu einer Stabilisierung auf den Kapitalmärkten geführt haben. Dazu zählen:

- verringerte Salden aus dem Target-Zahlungssystem (= Indikator für Kapitalflucht aus den Krisenländern), d.h. das Ungleichgewicht an den Kapitalmärkten zwischen den einzelnen Eurostaaten ist bereits kleiner geworden;
- gestiegene Kurse an den Aktien- und Anleihemärkten;
- starke Kapitalzuflüsse in die Eurozone; die Griechen brachten im letzten halben Jahr 8 Mrd. Euro zurück auf griechische Banken; die Renditen auf spanische, portugiesische und italienischen Staatsanleihen sind auf dem niedrigsten Stand seit 2010; Spanien z.B. deckte seit Jahresbeginn ein Zehntel seines Finanzierungsbedarfs für das Gesamtjahr; jüngste Anleiheaktionen verhindern so ein Rettungspaket für Spanien im ersten Quartal;
- gesunkene Risikoprämien für Staatsanleihen;
- eine gesunkene Bilanzsumme der EZB, die zum Höhepunkt der Krise stark ausgeweitet war;
- eine Entspannung bei der Inflationsrate, die unter dem Zweiprozentziel liegt;
- zu erwartende Sondertilgungen der Banken von ca. 100 - 300 Mrd. EUR an die EZB;
- ein steigender Eurokurs;

All diese Indikatoren lassen auf ein erhöhtes Vertrauen in die Kapitalmärkte schließen. Dass sich die Finanzierungssituation europäischer Banken im Laufe der letzten Wochen entspannt hat, zeigt sich daran, dass Banken am Anleihemarkt wieder vermehrt langfristige Schuldtitel platzieren.

Die positiven Trendsignale aus der Finanzwelt werden sich zeitlich verzögert auch auf die Realwirtschaft, d.h. auf wirtschaftliche Konjunktur und Arbeitsmarktlage übertragen. Die

Arbeitslosigkeit werde sinken, sobald Investoren wieder Vertrauen fassen. Erste Anzeichen hierfür sind bereits erkennbar, z.B. die in vielen Eurostaaten gesunkenen Kreditkosten für Unternehmen und für die öffentliche Hand sowie gefallene Risikoaufschläge. Laut EZB-Präsident Draghi werde die wirtschaftliche Schwäche in der Eurozone 2013 zwar noch anhalten, doch werde das Wachstum schrittweise Fahrt aufnehmen. Auch Commerzbank-Chefökonom Jörg Krämer rechnet in diesem Jahr mit keinen Zinssenkungen mehr, was er auf eine Stabilisierung der konjunkturellen Frühindikatoren zurückführt.

Als Musterbeispiel der Reformanstrengungen kann derzeit Irland genannt werden, das bis Juni dieses Jahres den Grundstein legen möchte, um als erstes Krisenland bis Jahresende den Eurorettungsschirm zu verlassen. Die Entspannung in Irland wird auch zu einer Stabilisierung der gesamten Eurozone beitragen. Der IWF sieht auch für Portugal wirtschaftliche Fortschritte und hält für 2014 sogar ein positives Wirtschaftswachstum unter der Voraussetzung für möglich, dass weitere Sparmaßnahmen durchgeführt werden. Portugal soll sich bereits im letzten Quartal 2013 wieder selbst finanzieren können. Die portugiesische Mitte-rechts-Regierung stimmt diesen Forderungen zu und verpflichtet bei, dass sie künftig besser mit weniger Ressourcen auskommen können.